

„Seltower Kreisblatt“ erscheint wöchentlich. Bezugspreis monatlich RM. 1,50 einjährig RM. 15,-. Postzeitung durch die Post monatlich RM. 1,50 (einjährig RM. 15,-). Postzeitungsgeld für den Kreis Seltow. Bestellungen bei den Postämtern, Vertriebsstellen und unseren Adressaten im Kreise.



Verleger: H. Pfeiffer, 20. Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Bülowstraße 67. — Fernruf: 22 00 71. Postkammer: Postfachamt Berlin Nr. 20 10. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2387 bei der Sparkasse des Kreises Seltow - G., Berlin W 35. — Gerichts- und Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.

Seltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Seltow * Amtliches Verkündungsblatt der Kreisverwaltung Seltow

England führt Werflustabwehr ein Der englische Kriegsminister Gore-Belisha zwingt Zivilisten an Flak

London, 14. Oktober. Kriegsminister Gore-Belisha sprach am Freitagabend im Rundfunk über die an diesem Tage vom Kriegsministerium verkündeten neuen Luftabwehrmaßnahmen, denen zufolge wichtige industrielle Werke mit ihren eigenen neuesten Flakgeschützen zum Schutze ihrer Fabrikanlagen bemanneten sollen.

Der Kriegsminister erklärte u. a., daß England keine Lücken in der Luftabwehr dulden dürfe. Von einem bis zum anderen Ende der britischen Insel würden fünf Luftabwehrdivisionen der Territorialarmee den Schutz übernehmen. Im April vor zwei Jahren, so fuhr Gore-Belisha fort, hätte die Territorialarmee 5000 Mann zur Bemannung der Geschütze und Scheinwerfer gehabt. Im April des vorigen Jahres seien es aber schon 20 000 Mann gewesen, und jetzt würden bereits 40 000 Mann zur Verfügung.

In zweieinhalb Jahren habe sich die Zahl der für die Luftabwehr zur Verfügung stehenden Territorialmänner also mehr als verdoppelt, und in weiteren zwölf Monaten hoffe man, diese Zahl wieder zu verdoppeln.

Der Kriegsminister teilte dann mit, daß er an die für diesen besonderen Aufschwung ausgewählten Werke schreiben und sie erziehen werde, einen gewissen Teil ihrer Belegschaft für die Flak-Aktivitäten zur Verfügung zu stellen. Das Kriegsministerium werde allmählich die notwendigen Geschütze und Scharfschütze zur Verfügung stellen, während die Firmen die notwendigen Mannschaften bereitstellen sollten.

Die für diese neue Aufgabe zu wählenden Mannschaften sollten aber nur jenen Kategorien angehören, die für den gewöhnlichen Dienst in der Territorialarmee nicht in Frage kämen. Denn die Territorialarmee müsse weiter verstärkt werden.

Flakeinheiten in den Industrieanlagen Englands

London, 14. Oktober. Im Rahmen der neuen englischen Verteidigungsmaßnahmen hat der König heute eine Verordnung des Kriegsministeriums unterschrieben, die sich auf eine Ausdehnung des Fliegerabwehrsystems bezieht. Nach dieser Verordnung sollen jetzt für sämtliche wichtigen industriellen Anlagen Englands leichte Flakeinheiten geschaffen werden, deren Personal von den Angestellten und Arbeitern dieser industriellen Werke gestellt werden soll. Die Organisation unterliegt der Leitung der Territorialarmee. Die für den Flakdienst herangezogenen Arbeiter und Angestellten erhalten keine Sonderbezahlung, sondern sollen nur nach kurzer Ausbildung ihren Dienst im Ernstfall aufnehmen.

Für 25,3 Millionen Dollar Kriegsflyzeuge nach England

Washington, 15. Oktober. Die am Freitag in Washington veröffentlichte Liste des Staatsdepartements über die amerikanischen Ausfuhr an Kriegsmaterial im September enthält erkrankliche Angaben. Nach dieser offiziellen Aufstellung sind im vergangenen Monat Lizenzen in Höhe von 25,3 Millionen Dollar für die Ausfuhr von Militärflugzeugen nach England erteilt worden. Neben Flugzeugen erhielt England weiter Lizenzen für die Ausfuhr von Explosivstoffen aus den Vereinigten Staaten in Höhe von rund 100 000 Dollar.



Reichsstatthalter Ritter von Epp 70 Jahre alt
Am 16. Oktober begeht Generalleutnant a. D. Franz Xaver Ritter von Epp, der Reichsstatthalter Bayerns, seinen 70. Geburtstag. (Scherl-Wildberdant-W.)

Der tschecho-slowakische Außenminister beim Führer

München, 14. Oktober. Der Führer empfing heute in Gegenwart des Reichsministers von Ribbentrop den tschecho-slowakischen Außenminister Chalaboff. Der tschecho-slowakische Außenminister gab dem Führer die Versicherung ab, daß die Tschecho-Slowakei eine lokale Haltung Deutschlands gegenüber einnehmen werde, wovon der Führer mit Befriedigung Kenntnis nahm.

Der Führer drückte dem tschecho-slowakischen Außenminister sein Bedauern darüber aus, daß in der Frage der ungarischen Minderheiten noch keine Lösung gefunden sei; er sprach die Hoffnung aus, daß es gelingen müsse, auch in dieser Frage baldigst eine befriedigende Lösung zu finden.

Das deutsche Volk nimmt mit Genugtuung die tschechische Versicherung an, daß Prag künftighin eine lokale Haltung gegenüber dem Reich einnehmen will. Die Taten der verantwortlichen tschecho-slowakischen Staatsmänner werden dies erwirken. Am übrigen ist es ein Gebot der Vernunft, daß die Tschecho-Slowakei im europäischen Wirtschaftsraum verträglich mit Deutschland zusammenlebt. Von deutscher Seite aus wird dies gewünscht, da dies nationalsozialistischer Weltanschauung entspricht. Aus der Vergangenheit hat die Tschecho-Slowakei die Lehre ziehen können, daß jeder Versuch einer feindseligen Haltung gegen seinen größten Nachbarn und Anrainen dem tschecho-slowakischen Staat nur Unfrieden und Schanden bringt. Die entschloffenste Wehr von einseitigen Besetzungs-Regime und der feste Wille, neue Wege zu einer völlig neuen politischen Orientierung zu beschreiten, werden dem tschechischen Volk die wahre Wohlfahrt bringen.

Daranyi beim Führer

München, 14. Oktober. Der Führer und Reichsstatthalter empfing heute nachmittags in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop den ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten von Daranyi zu einer Besprechung über Fragen des ungarischen Volkstums in der Tschecho-Slowakei.

In ganz Palästina krachen die Bomben

Jerusalem, 14. Oktober. Aus fast allen Landesteilen werden wieder zahlreiche Bombenwürfe gemeldet. In Nazareth explodierte eine Bombe im Adriatic-Hotel, wo Truppen untergebracht worden sind. Ein Gefreiter wurde dabei verwundet. Unweit des Dorfes Yabad kam eine Landmine zur Explosion und brachte zwei Soldaten schwere Verletzungen bei. In Akko wurden fünf Bomben in eine jüdische Mineralwasserfabrik geschleudert.

Die Zyprioten wollen das Selbstbestimmungsrecht

Großes Aufsehen über die Volkshat von Athen in London

Mifosia (Zypern), 15. Oktober. Die Nachricht von der Ueberreichung eines Schreibens bei in Griechenland ansässigen Zyprioten an die Adresse des britischen Premierministers hat nicht nur bei den Bewohnern der Insel, sondern auch bei den englischen Behörden großes Aufsehen erregt. Die Zyprioten versprechen sich sehr viel davon und betonen, daß es sich nur um eine Frage des Vertrauens handele. Man hofft, daß ein Uebereinkommen zwischen England und Griechenland aufandefomme, welches die praktische Mitleitung der Bevölkerung Zyperns in das griechische Mutterland durchführt.

Von besonderer Seite der Einwohner wird darauf hingewiesen, daß Zypern, die drittgrößte Mittelmeerinsel mit rund 350 000 Bewohnern, im Grunde auch ein Opfer jener „Friedensverträge“ nach dem Weltkrieg sei, welche mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker eingeleitet wurden, um dann das Gegenteil zu stabilisieren. Die als „kirchliches Eigentum“ von den Engländern seit 1878 verwaltete Insel verlangte nämlich 1919 auf Grund des von den Alliierten proklamierten Selbstbestimmungsrechtes der Völker Vereinigung Zyperns mit Griechenland. Eine Abordnung der Zyprioten begab sich damals mit der Forderung nach London. Anlässlich der Friedensverhandlungen in den Vorworten von Paris im Jahre 1919 erklärte der damalige englische Ministerpräsident Lloyd George dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos, die Frage der Vereinigung der Insel Zypern mit Griechenland nicht mit den übrigen internationalen, durch die Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Neuilly zu lösenden Fragen vermischt, sondern diese durch direkte Verhandlungen zwischen Griechenland und England endgültig regeln zu wollen. Durch den nach den parlamentarischen Gepflogenheiten erfolgten Wechsel der Regierung in England sei England, so betont man auf Zypern, wortbrüchig geworden. Das von England gegebene Versprechen wurde tatsächlich von der nachfolgenden Regierung nicht eingelöst. Im Gegenteil, die Insel wurde 1925 allen feierlichen Versprechungen zum Trotz zur Kronkolonie Englands erklärt, die englische Behörden erließen, die diese große Insel mit ihrer 3000jährigen Geschichte und ihrer alten Kultur wie jede andere Kolonie von primitiven Völkern verworfen.

Die Zyprioten zeigen sich besonders aufgebracht über das Verbot des griechischen Geschichts- und Geographieverrichts in den Schulen. Ferner wird auf die hohen Gehälter der englischen Verwaltungsbeamten hingewiesen, womit die Bevölkerung der Insel belastet werde. Alle aktivistischen griechischen Patrioten, darunter selbst die führenden Geistlichen

der Insel, seien von der Insel verbannt. Ihre Rückkehr in die Heimat sei verboten.

Alle gesetzgebende und exekutive Gewalt auf der Insel ist in den Händen des Gouverneurs. Die Verfassung der Insel ist nur eine Scheinverfassung, außerdem ist sie seit Jahren aufgehoben.

Die Zyprioten versuchten bereits auf die verschiedenste Art und Weise ihre Vereinigung mit Griechenland durchzusetzen. Im Jahre 1931 wagten sie sogar einen Aufstand gegen das gewaltige England. Der unglückliche Ausgang stand von vornherein fest; man bezweckte aber die Aufmerksamkeit der Welt auf das Los der Zyprioten zu lenken.

Die Bewohnerschaft Zyperns hofft nunmehr, nachdem das Recht der Selbstbestimmung der Völker in eine neue Epoche der Entscheidung trat, daß der englische Ministerpräsident sich der einst den Vertretern Zyperns gegebenen Versprechungen und Zusicherungen erinnern werde und das von damaligen Ministerpräsident Lloyd George verpfändete Wort einlösen werde.

Zypern - ein nicht gehaltenes Versprechen Lloyd Georges

London, 14. Oktober. Obwohl in politischen Kreisen Londons das Gesprächs-thema „Zypern“ im großen und ganzen vermieden wird, scheint man doch den nun in London verfaßt publizierten Bemerkungen z. B. der „Zypriotischen Bundesrat“ besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wie bekannt, beschäftigt das Foreign Office zunächst nicht, auf das dem englischen Gesandten in Athen überreichte Memorandum der Auslandszyprioten einzugehen. Mithin erweist es sich, daß die Vorlage der Denkschrift bei Premierminister Chamberlain. Nach folgenden Informationen soll nämlich der jetzige Regierungschef in der Denkschrift in aller Form gebeten werden, eines jener Versprechungen zu erfüllen, welche Lloyd George zur Zeit seiner Ministerpräsidentenschaft in den Jahren des Kriegsendes und der ersten Nachkriegszeit gab, ohne daß diese Zusagen je erfüllt wurden.

Am übrigen wird darauf hingewiesen, es sei in London wohl bekannt, daß die 1925 erfolgte Erklärung Zyperns zur Kronkolonie Englands von Seiten der seit Laufenden von Jahren auf ihrer Insel altenglischen Zyprioten als Demütigung empfunden wurde, als sie damit „mit Eingeborenen afrikanischer Völkern parallel auf eine Stufe gestellt“ seien.